

BIOGRAPHISCHE SKIZZEN

Jens Becker und Harald Jentsch (Frankfurt a. M.)

Organisation und Klassenkampf – Wilhelm Piecks Rolle und Funktion in der KPD 1918–1933

»So große Fehler können gar nicht gemacht werden, daß eine revolutionäre Bewegung zugrunde gerichtet werden kann. Zu solcher Auffassung können nur Leute kommen, die nicht innerlich verwachsen sind mit der Arbeiterbewegung.«

(W. Pieck, 1921)¹

1. Einleitung und Quellenlage

Trotz seiner zumindest für die deutsche Arbeiter- und Zeitgeschichte wichtigen Rolle und Funktion bleibt die politische Biographie Wilhelm Piecks (1876–1960), KPD-Spitzenfunktionär der ersten Stunde und erster Staatspräsident der DDR, auch nach dem Zusammenbruch des ostdeutschen Parteikommunismus weithin unbeachtet. Lediglich seine Tagebuchaufzeichnungen zur deutschen Teilung sorgten einige Zeit für Furore.² Ansonsten verweisen nur eine Auswahl seiner Reden und Schriften³, ein Essay von Fritz Erpenbeck⁴ und die eher schmale Lebensbeschreibung der DDR-Historiker Voßke und Nitzsche⁵, einige knapp gehaltene biographische Skizzen⁶ und zahlreiche Hinweise in der Sekundärliteratur zur Geschichte der KPD und anderen Publikationen zur deutschen Arbeiterbewegung auf das Wirken jenes Mannes, dessen Stärken zwar weder die politische Theorie noch die eloquente Rede waren,

¹ W. Pieck, Schlußwort auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD, in: SAPMO/BArch, NY 4036/385, Bl. 48–54.

² Rolf Badstübner und Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994.

³ Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, 3 Bde., Berlin 1950.

⁴ Fritz Erpenbeck, Wilhelm Pieck. Ein Lebensbild, Berlin 1951.

⁵ Heinz Voßke und Gerhard Nitzsche, Wilhelm Pieck. Biographischer Abriss, Berlin 1975. – Entsprechend ihrer Methodik beschrieben die Autoren Piecks Leben als Heranarbeiten an die Höhe Leninschen Denkens und einer sich ständig entwickelnden und voranschreitenden kommunistischen Partei, das ihn schließlich befähigte, ihr Führer zu werden. Unterstellt wurde ein linearer, kein mehrdimensionaler Prozeß, weshalb die Brüche in seiner politischen Biographie außen vor bleiben.

⁶ Vgl. etwa die Pieck-Porträts, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1970, S. 364–369; Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 2, Frankfurt 1969, S. 245–247.

der sich aber durch harte organisatorische Kärnerarbeit in seiner Partei unentbehrlich machte.

Stand Pieck in der Gruppe Internationale, der späteren Spartakusgruppe, aus der 1918/19 die KPD hervorging, noch im Schatten Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und anderer exponierter Führungspersönlichkeiten des deutschen Linksradikalismus, so gehörte er Ende der 20er Jahre zu den wenigen Führungskräften der KPD, die alle Wendungen halbwegs unbeschadet überstanden hatten. Die Bedeutung des Multifunktionsars unterstreicht die bloße Aufzählung seiner wichtigsten Ämter:

- Mitglied der Zentrale (bzw. des Zentralkomitees) der KPD 1919–1946;
- Mitglied des EKKI 1928–1943, ab 1931 seines Präsidiums;
- Politischer Leiter (Polleiter) des Bezirks Berlin-Brandenburg der KPD 1926–1929;
- Leiter der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) 1924–1933;
- Abgeordneter des deutschen Reichstages 1928–1933;
- Abgeordneter des preußischen Landtages 1921–1928, 1932/33.

Da Pieck als Leiter des Organisationsbüros (Org.-Büros) der Zentrale die Strukturen der KPD von Anfang an mit prägte, illustriert seine Tätigkeit die sich wandelnde Rolle des Apparates, wobei das Spannungsverhältnis von Organisationsimperativen und eigenen politischen Überzeugungen mitunter sichtbar wird. Tatsächlich war der Apparat ein Schlüsselinstrument bei der Stalinisierung der KPD. Dieser Vorgang veränderte das Selbstverständnis des deutschen Parteikommunismus grundlegend, selbst wenn die Parteibasis teilweise gegenüber den ideologischen Vorgaben von oben immun blieb. Wilhelm Pieck entschied sich spätestens 1929, nach dem Ausschluß der »Rechten« und der Disziplinierung der »Versöhnler«⁷, endgültig für eine Kaderkarriere. Somit vollzog sich die Transformation zum »Apparatschik«, der bereit war, alle Wendungen mitzumachen und die innerparteiliche Demokratie sowie den Bruch mit engen Weggefährten, ja selbst mit eigenen Überzeugungen in Kauf zu nehmen, nicht ohne Brüche, die im folgenden herausgearbeitet werden.

Da es keine nennenswerte Analyse über Piecks politische Arbeit in der Weimarer Republik gibt, kann die vorliegende Studie vorerst eine Lücke schließen, ohne allerdings Vollständigkeit zu beanspruchen. Als wichtigste Quellenbasis dient der Pieck-Nachlaß im Berliner Bundesarchiv. Anhand dieser Quellen – Briefe, Tagebuchexzerpte, Vortragsdispositionen, Sitzungsprotokolle etc. – ergeben sich unter Beachtung der einschlägigen Sekundärliteratur erste Eindrücke über Piecks politische Arbeit im Apparat der KPD sowie der RHD. Aufgrund der Fülle des Materials konnte seine vielfältige Parlamentsarbeit nur cursorisch behandelt werden.⁸ Offenbar war sich Pieck seiner Bedeutung bewußt, denn er hat seinen möglichen Biographen außerordentlich gut vorgearbeitet. Er ließ nicht nur vom persönlichen Briefwechsel mit Clara Zetkin oder

⁷ Weber, Die Wandlung, Bd. 1, S. 219 ff.

⁸ Eine systematische Auswertung seiner Abgeordnetentätigkeit bleibt einer Gesamtbiographie oder einem weiteren Aufsatz vorbehalten.

Jelena Stassowa Abschriften anfertigen, sondern erstellte auch mit Hilfe seiner Tochter Elly Winter eine »Chronik« – eine akribische, allerdings auch apologetisch geglättete Auflistung seiner Lebensdaten anhand von Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen.⁹

2. Die Aktualität der Revolution 1918–1923

Wie ein morscher Baum brach im November 1918 der kaiserliche Obrigkeitsstaat zusammen. Der Aufstand der Kieler Matrosen löste eine Kettenreaktion aus, die vor allem die städtischen Massen auf die Straßen trieb. Neue politische Organe, die Arbeiter- und Soldatenräte, etablierten sich neben den paralysierten staatlichen Gewalten und sorgten für eine zeitweilige Doppelherrschaft. Indessen vertiefte der Streit darüber, wie der Transformationsprozeß zu einer sozialistischen Gesellschaft durchzuführen sei, die Spaltung der Arbeiterbewegung. Insgesamt hatte der mitgliederschwache Spartakusbund kaum Gewicht, denn die Massen trauten eher den Sozialdemokraten als den mit den russischen Bolschewiki in Verbindung gebrachten »Spartakisten«.

Über ihr weiteres Vorgehen berieten daher am 11. November, zwei Tage nach Ausrufung der demokratischen Republik, führende Mitglieder des Spartakusbundes im Hotel »Excelsior«. An dieser Sitzung nahm auch Wilhelm Pieck teil, der Ende Oktober illegal nach Berlin zurückgekehrt war¹⁰ und sogleich in die Zentrale gewählt wurde¹¹. Nunmehr zuständig für die Agitation im Großraum Berlin, hatte er eine Schlüsselfunktion inne, denn die Würfel der deutschen Revolution fielen in der Reichshauptstadt.¹² Auf zahlreichen Kundgebungen und Versammlungen forderte er das Vorantreiben der Revolution und den Sturz der SPD-USPD-Regierung, welcher man seitens der Linken immer öfter »Verrat« vorwarf.¹³

Während Pieck auf dem Gründungsparteitag der KPD¹⁴ eher die realpolitischen

⁹ Chronik. Persönliche Notizen von Wilhelm Pieck, vervollständigt im Auftrage von W. Pieck durch Elly Winter, in: SAPMO/BArch, NY 4036/10 (Pieck, Chronik). Nur selten werden Inhalte wiedergegeben. Chronologisch geordnete Daten und Stichworte – v. a. von Teilnahmen an Veranstaltungen, gehaltenen Reden etc. – versetzen die Biographen in die Lage, sich in der zeitgenössischen (insbesondere der regionalen) Presse genauer zu informieren.

¹⁰ Pieck, der mehrfach von den kaiserlichen Behörden verhaftet worden war und seit 1917 wegen Fahnenflucht gesucht wurde, arbeitete in Amsterdam für das Wochenblatt *Der Kampf*. Vgl. dazu: Biographisches Lexikon, S. 365.

¹¹ Pieck, Chronik, Bl. 42.

¹² Heinrich August Winker, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–24*, Bonn 1984, S. 59.

¹³ Bereits Ende November, Anfang Dezember 1918 war die SPD-Führung nicht bereit, den Räte- und Sozialisierungsforderungen der Linken nachzugeben. Zu Piecks öffentlichen Auftreten s. Pieck, Chronik, Bl. 43 f.

¹⁴ Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, hrsg. und eingel. von Hermann Weber, Berlin 1993.

Positionen seiner politischen Lehrerin Rosa Luxemburg¹⁵ eingenommen hatte (zum Beispiel Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung, Mitarbeit in den Gewerkschaften), war er im Januar 1919 »einer der Wortführer für ein radikales, sogar putschistisches Vorgehen«. ¹⁶

Zwischen dem 4. und dem 15. Januar, also in den Tagen von der provokativen Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) bis zur brutalen Ermordung Luxemburgs und Liebknechts, erwies sich Pieck als politischer Hitzkopf, der offenbar aufs Ganze gehen wollte. Teilweise ohne Mandat der KPD-Zentrale führte er gemeinsam mit Liebknecht Aufstandsplanungen mit den »Revolutionären Obleuten« durch. Letztere gehörten zu den Mitinitiatoren der Massendemonstrationen, die das Ziel verfolgten, die Ebert-Scheidemann-Regierung zu stürzen. Vor dem Hintergrund heftiger interner Auseinandersetzungen gelang es Liebknecht und Pieck kurzzeitig, Luxemburg und andere Mitglieder der KPD-Zentrale für einen Aufstand zu gewinnen. Gegen den Zentrale-Beschluß vom 8. Januar, den gemeinsamen Aktionsausschuß zu verlassen, opponierten die beiden KPD-Vertreter heftig. ¹⁷ Ob Pieck damals zu einer selbständigen Lagebeurteilung fähig war oder im Schatten Liebknechts einfach nur mitmischte, bleibt indes eine spannende Frage. ¹⁸

Wenige Tage vor dem offiziellen Abbruch des Generalstreiks am 13. Januar war klar, daß die Kräfteverhältnisse – selbst sympathisierende Militäreinheiten erklärten sich »neutral« – gegen eine bewaffnete Aktion sprachen. Bei dem Versuch, Luxemburg und Liebknecht falsche Pässe zu übergeben, wurde Pieck in deren illegalem Quartier verhaftet. Zwei Tage später gelang dem sich als Redakteur einer bürgerlichen Zeitung ausgebenden Pieck die Flucht. ¹⁹ Behauptungen, er habe dafür Namen und Adressen von KPD-Mitgliedern verraten, stritt er in den Folgejahren vehement ab. ²⁰

Indessen belegt Piecks zweite Verhaftung am 16. Juli 1919²¹ einmal mehr die These,

¹⁵ Nettl bezeichnet Pieck als den vielleicht bedeutendsten Schüler Rosa Luxemburgs. Fest steht, daß der Besuch der Berliner Parteischule, an der Luxemburg unterrichtete, den jungen Tischler enorm beeindruckte. – Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, Frankfurt/Wien/Zürich 1968, S. 377.

¹⁶ So Ottokar Luban, *Demokratische Sozialistin oder »blutige Rosa«? Rosa Luxemburg und die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919*, in: *IWK*, H. 2/1999, S. 182. Unter anderem anhand der schriftlichen Ausführungen Piecks, die als Typoskript (von 1920) in dessen Nachlaß zu finden sind, hat der Autor Piecks Rolle und das Schwanken der KPD-Führung minutiös rekonstruiert. Von einer konsistenten Umsturzstrategie der KPD konnte demnach keine Rede sein.

¹⁷ Ebd., S. 191, Anm. 50.

¹⁸ Vgl. Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 122.

¹⁹ Pieck, *Chronik*, Bl. 47.

²⁰ Bibliographische Angaben und Hinweise zum Stand der Debatte über Piecks Rolle am 15. Januar 1919 finden sich bei Klaus Gietinger, *Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L.*, Mainz 1993, S. 51 ff.; im Prozeß gegen Jorns wurde Pieck am 22. April 1929 als Zeuge im Zusammenhang mit der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg vernommen – Pieck, *Chronik*, Bl. 120.

²¹ Seine hier bis zu seiner Flucht am 10. November 1919 aus dem Reichsmilitärgericht, Berlin, Witzlebenstraße geschriebenen Notizen sind erhalten geblieben: W. Pieck, *Notizen im Gefängnis 16.7. bis 19.11. 1919*, in: *SAPMO/BArch*, NY 4036/15, Bl. 1–49 (Pieck, Notizen).

daß bei der Verfolgung von Kommunisten wenig Rücksicht auf rechtsstaatliche Prinzipien genommen wurde. Pieck wurde zur Untersuchungshaft ins Strafgefängnis Berlin-Moabit gebracht, die Verlesung des Haftbefehls erfolgte erst nach drei Tagen. Sein Anwalt, Theodor Liebcknecht, sah sich im Oktober genötigt, beim zuständigen Richter anzufragen, wann denn die Verteidigung endlich Akteneinsicht habe und ihren Mandanten ohne Zeugen sprechen könne.²² Das bei der Verhaftung vorgefundene Material diente Preußens Innenminister Heine (SPD) dazu, die in der Sozialdemokratie verbreitete These, die »verbrecherische Agitation« der KPD werde vom »feindlichen Ausland« finanziert, die KPD sei also eine von Moskau ferngesteuerte Bürgerkriegspartei, zu wiederholen.²³ Deswegen konzentrierte sich Pieck darauf, die Rolle der KPD bei den Januarkämpfen zu bagatellisieren. Von den unterstellten revolutionären Kämpfen um die Staatsmacht im Januar 1919 könne keine Rede sein.²⁴ Am 5. November hieß es, seine Akten seien unzugänglich, weil sie beim Oberkommando lägen. Angesichts dieser unhaltbaren Situation war Piecks Flucht am 10. November eine logische Konsequenz.²⁵ Um deren Organisation und Durchführung ranken sich einige etwas divergierende persönliche Erinnerungen, die in den 50er Jahren zur Verherrlichung des obersten DDR-Repräsentanten beitragen sollten.²⁶

All diese Begebenheiten dürften Piecks Abneigung gegen die SPD-Führer und die von ihr propagierte parlamentarische Republik noch verstärkt haben. Gleichwohl gehörte er während des Kapp-Putsches im März 1920 zu den Befürwortern einer »Arbeiterregierung«, weil er erkannte, daß »die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben« waren. Die von weiten Teilen der Arbeiterschaft favorisierte SPD-USPD-Regierung, zu der die KPD in »loyaler Opposition« stehen sollte, erschien ihm als ein Fortschritt.²⁷ Dieser Anflug von Realpolitik wurde wenig später, auf dem IV. Parteitag der KPD, gerügt. Bereits im Vorfeld hatten Mitglieder des linksradikalen Berliner Streikkomitees Pieck und anderen Befürwortern des neuen Kursen »Parteierrat« vorgeworfen.²⁸ Besonders im

²² Pieck, Notizen, Bl. 31.

²³ SAPMO/BArch NY 4036/15, Bl. 39 ff.

²⁴ Ebd., Bl. 45.

²⁵ Pieck, Notizen, Bl. 32.

²⁶ Siehe hierzu u. a.: Aufwartefrau befreit Wilhelm Pieck. Eine Episode zweier Tage. Nach mündlichen Darstellungen der Genossin [Lotte] Pulewka zusammengestellt und geschildert von Karl Korbel, Potsdam/Niederschönhausen, den 3. Januar 1948. Hierbei handelt es sich um ein handschriftliches Exemplar für Pieck zu dessen 72. Geburtstag; Otto Franke, Wie Genosse Wilhelm Pieck aus dem Gefängnis befreit wurde, geschr. Juni 1949, in: ebd., Bl. 301–307; Eine »Putzfrau« befreit Wilhelm Pieck. Nach Berichten von Otto Franke und Lotte Pulewka, in *Junge Welt* (JW) v. 29. 12. 1950; L. Pulewka, Parteiauftrag: Genossen Pieck befreien, in: JW, Nr. 2/1960, S. 5. Arthur Pieck merkte dazu an, daß beide Berichte in manchen Teilen nicht mit seinen Erinnerungen übereinstimmten, wobei jedoch der von Franke genauer sei. Siehe hierzu: A. Pieck, Zu den Berichten von Lotte Pulewka und Otto Franke über die Befreiung von Wilhelm Pieck am 10. 11. 19, Niederschrift vom 18. 12. 1953, in: ebd., Bl. 309.

²⁷ Zit. n. Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 314.

²⁸ So Wilhelm Pieck, in: ders.: *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 2, Berlin 1959, S. 34.

Ruhrgebiet bekam Pieck die Abneigung der Arbeiter gegen die bürgerliche Regierung zu spüren, wo er Ende März 1920 als Koordinator der Zentrale Teile der »Roten Armee« überzeugen sollte, den bewaffneten Widerstand gegen die legitime Reichsregierung aufzugeben.²⁹ Unmittelbar danach fand der Wahlkampf für die Reichstagswahlen vom 4. Juni statt. Innerhalb von fünf Wochen hielt Pieck 15 öffentliche Reden. Auf der Wahlliste der KPD rangierte er hinter Clara Zetkin und Paul Levi auf Platz 3. Die KPD gewann jedoch nur zwei Sitze.³⁰

Mit der Vereinigung von KPD und Teilen der USPD avancierte die VKPD Ende 1920 zur Massenpartei. Damit wuchs dem Parteiapparat eine größere Bedeutung zu. Die Polarität von revolutionärer Realpolitik und spontanem Aktionismus blieb freilich bestehen. Später brachte Pieck einige spezifische Mängel der heterogenen VKPD mit dem abrupten Verschmelzungsprozeß in Verbindung. Es seien zu große Rücksichten auf die Stimmungen und die Gefühle linker und zentristischer USPD-Genossen genommen worden. Trotz der 21 Bedingungen – *Conditio sine qua non* für den Beitritt zur Komintern – existierten noch immer opportunistische Gruppen in der Partei.³¹ So ordnete Pieck auch den vorläufigen Höhepunkt des latenten Konflikts über die richtige Strategie und Taktik ein, der nach der gescheiterten »Märzaktion« 1921 entbrannte.³² Die Kritik des entmachteten Parteivorsitzenden Paul Levi,³³ der vermeiden wollte, daß die KPD zu sehr von den russischen Kommunisten abhängig wurde,³⁴ an dem von Komintern-Emissären und der KPD-Zentrale angezettelten Aufstandsversuch in Halle/ Merseburg lehnte er ab. Auch Pieck war zu dieser Zeit Anhänger der »Offensivtheorie«³⁵.

²⁹ Vgl. Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 330.

³⁰ Pieck, *Chronik*, 61–63.

³¹ W. Pieck, *Wir brauchen kommunistischen Kampfgeist und revolutionäre Disziplin*. Aus der Rede Wilhelm Piecks im Zentralaussschuß der VKPD vom 8. April 1921, in: SAPMO/BArch, NY 4036/385, Bl. 17, ungeachtet dessen, daß Pieck hier einfach alle Opponenten über einen Kamm schert und sie zu ehemaligen Unabhängigen stempelt – was ja insbesondere auf Levi nicht zutrifft – zeigt sich hier, daß es unter den ehemaligen Spartakisten einige Vorbehalte gegenüber den aus der USPD-Linken kommenden Funktionären gab. W. Koenen nannte das in einem Brief an das EKKI die »Cliqueswirkung« der »alten Spartakussolidarität«, die sich insbesondere in den »organisatorisch-disziplinarischen[n] Verfahren Piecks und Eberleins« in der Kandidatenauswahl zeige, der auch er selbst und W. Stoecker auf dem 2. Parteitag der VKPD zum Opfer gefallen seien. Vgl. W. Koenen, Berlin, den 30. August 1921, An die Exekutive der Kommunistischen Internationale. (Abschrift), in: SAPMO/BArch, NY 4036/520, Bl. 1–3.

³² Grundlegend: Sigrid Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921*, Frankfurt a. M. 1986.

³³ Pieck, Rede im Zentralaussschuß der VKPD v. 8. 4. 1921, Pieck, *Chronik*, Bl. 17–23; ders., *Die Rebellion der Führer*, in: *Die Rote Fahne (RF)*, Nr. 184 v. 25. April 1921, in: SAPMO/BArch, NY 4036/385, Bl. 35–36; ders., *Schlußwort auf der Zentralaussschußsitzung der VKPD vom 4. Mai 1921*, in: SAPMO/BArch, NY 4036/385, Bl. 48–54.

³⁴ Zusammenfassend: Jens Becker: Paul Levi, in: Manfred Asendorf und Rudolf von Bockel (Hrsg.), *Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten*, Stuttgart 1997.

³⁵ Pieck plädierte dafür, den Gegner aus der Ruhe zu bringen, »indem wir Konflikte erzeugen [...], alle konterrevolutionären Elemente reizen«. Dann werde es zu »Zusammenstößen« mit der Polizei, damit zum Generalstreik und, so die vage Hoffnung, zur revolutionären Mobilmachung kommen. – Zit. n. Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde*, S. 134.

Von einer Flaute im revolutionären Kampf könne keine Rede sein, dies zu behaupten sei eine Sünde an der Partei. Nur durch gesteigerte Propaganda könnten die Massen erregt werden, um »entweder den Gegner zu provozieren oder aber die Massen selbst zum Angriff zu bewegen«.³⁶

Im Zuge der Aufarbeitung der Märzaktion befaßte sich Pieck mit den diversen innerorganisatorischen Problemen des KPD-Apparats. Festzustellen sei eine »Verbürokratisierung der Führerschaft«, die dem defensiven Wirken »alter Parteien« (etwa der SPD) entspreche. Für eine »offensive Kampfpartei« sei dies inakzeptabel: »Wenn eine Parteiorganisation offensiv wirken soll, dann bedarf es dabei nicht nur aggressiver Resolutionen, in denen der Kampf mit allen Mitteln angesagt wird, sondern da muß auch die Organisation selbst diesen Geist atmen. Das ist das wesentliche, was wir aus der (März-)Aktion lernen müssen. Wir haben [...] gesehen, wie starr der Parteiapparat ist, wie die Genossen, die ihn in den Händen haben, sich nicht für die Aktion umstellen und unbewußt zu Hemmnissen werden.« Im Falle der Illegalität sei es darüber hinaus wichtig, daß der »Parteiapparat funktioniert und die Verbindung mit den Massen nicht abreißt«.³⁷

Pointierter beschrieb Clara Zetkin die Situation: Die Zentrale der KPD bestehe aus einem wirren Haufen von Leuten, von denen keiner wisse, was er zu tun habe. Es fehle darin »jede politische Einstellung und Leitung«. Selbst erfahrenere Leute wie Stoecker, Koenen und Pieck verhielten sich »unklar, vor allem schwach, ohne Autorität bei Freund und Feind [...], weil ohne Willen und Kraft sich durchzusetzen«. Fast jedes Mitglied mache Politik auf eigene Faust, ohne Fühlung zu den anderen.³⁸ Diese auch für Pieck wenig schmeichelhafte Aussage, die auf ein organisatorisches Chaos in der Zentrale hindeutet, deckt sich mit dem Zeugnis, das Heinrich Brandler postum seinem ehemaligen Mitstreiter ausstellte. Danach galt Pieck als »qualifizierter Bürokrat«, was seine Wahl zum Leiter des Org.-Büros legitimiert habe. Obwohl auch er seinen Aufgaben »nicht gewachsen« war, gelang es ihm zunehmend, das Vertrauen Moskaus zu erwerben und in die Rolle des »Parteivaters« zu schlüpfen.³⁹ Insgesamt attestiert Brandler einen Mangel an fähigem Personal und eine Vielzahl von organisatorischen Schwachstellen.

Folgt man diesen Quellen, erschien die Professionalisierung und Zentralisierung der KPD dringend geboten. Diesen Befund bestätigt auch Pieck, dem nunmehr die Aufgabe oblag, die diversen Schwachstellen des Apparats zu beseitigen.⁴⁰ Infolge einer neuen Arbeitsteilung im Org.-Büro könne er besser die »Zusammenfassung und

³⁶ Vgl. Piecks Rede am 8. 4. 1921, Pieck, Chronik, Bl. 18.

³⁷ Ebd., Bl. 18 f.

³⁸ Zetkin an Sinowjew, 6. 8. 1921, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 33. Jg., 1991, H. 2, S. 207.

³⁹ Brandler an Weber, 26. Juli 1960, in: Hermann Weber (Hrsg.): Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949 bis 1967, Berlin 1981, S. 253 f.

⁴⁰ Pieck an Brandler und Eberlein, 2. Mai 1922, in: SAPMO/BArch, I 2/3/202, Bl. 224, RS.

Kontrolle der verschiedenen Abteilungen und geschäftlichen Unternehmungen der Zentrale betreiben«. ⁴¹ Es gebe mehr Zeit, sich mit Reorganisationsfragen, sei es in der Informationsabteilung oder im Apparat überhaupt, zu beschäftigen. Seine Berichte innerhalb der Zentrale 1922, kurz und sachlich, geben Aufschluß über das Alltagsgeschäft eines Parteimanagers, der sich mit vielen Kleinigkeiten zu befassen hatte. ⁴²

Vehement setzte sich Pieck für den geschaßten Brandler ein, der sich wegen der Märzaktion gerichtlich und parteiintern verantworten mußte. Dieser sollte als Sprungbrett für ein späteres politisches Comeback ein offizielles Mandat als KPD-Vertreter bei der Komintern bekommen. ⁴³ Gemeinsam mit anderen ehemaligen Spartakusmitgliedern setzten sich Brandler und Pieck für einen Kurswechsel der KPD ein. ⁴⁴ Die von der Komintern befürwortete Einheitsfrontkonzeption akzeptierte die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und sah eine »Arbeiterregierung« vor. Dieses zweckrationale und taktisch motivierte Projekt schien im Laufe des Jahres 1923 realistisch. Die Lebenssituation der deutschen Bevölkerung verschlechterte sich dramatisch, lokale Arbeitskämpfe entflamten vielerorts. Durch die französische Ruhrbesetzung wurden die Massen zunehmend politisiert. ⁴⁵ Bis es zum revolutionären Endkampf komme, so die umstrittene Einsicht der KPD-Führung, seien einige Zwischenstadien nötig. Gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse, die nach wie vor der SPD vertraute, lasse sich keine Revolution entfachen. ⁴⁶

In dieser hochexplosiven Situation tagte Ende Januar der 8. Parteitag der KPD. Gegen den Widerstand des Duos Ruth Fischer und Arkadi Maslow, den beiden wichtigsten Wortführern des linken Flügels, gelang es den Kräften um den wiedergewählten Parteivorsitzenden Brandler die Einheitsfrontkonzeption als entscheidendes Etappenziel zur Verbesserung der Alltagssituation und zur gleichzeitigen Revolutionierung der Massen durchzusetzen. ⁴⁷ Zu diesem Zeitpunkt war Pieck, der mit

⁴¹ Ebd., Bl. 224, VS. Im Rahmen dieser Arbeitsteilung waren ferner Remmele für die Parteiuntergliederungen und Koenen für Personalfragen zuständig.

⁴² SAPMO/BArch, I2/3/14 f.

⁴³ Pieck an Brandler, 27. März 1922 und 30. März 1922, in: SAPMO/BArch, I 2/3/202; vgl. auch die Dissertation von J. Becker, Heinrich Brandler – eine politische Biographie, Kap. 5.1.4.

⁴⁴ Vgl. Arnold Reisberg, Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1970, S. 454. Dort wird aus einem Brief Radeks an die deutsche Zentrale zitiert, in dem auf ein Gespräch zwischen Lenin, Radek, Heckert, Pieck und Brandler über eine mögliche Arbeiterregierung in Deutschland hingewiesen wird, das Anfang November 1921 stattgefunden haben muß.

⁴⁵ Vgl. hierzu insbesondere: Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 553 ff.; ders., Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 186 ff.

⁴⁶ Pieck, Berlin, 28. April 1923, an Zetkin, in: SAPMO/BArch, NY 4036/521, Bl. 4.

⁴⁷ Zu Hintergründen und Verlauf der Auseinandersetzungen um die Parteiführung im Laufe des Jahres 1923 und den hier nicht weiter ausgewiesenen Darstellungen um den »deutschen Oktober« siehe insbesondere: J. Becker u. H. Jentsch, Heinrich Brandler – biographische Skizze bis 1924, in: JHK 1996, hrsg. v. H. Weber u. a., Berlin 1995, S. 274–295 (besonders S. 281 ff.). In diesem Aufsatz werden die von den Autoren zum Thema bearbeiteten Archivalien umfangreich ausgewiesen, weshalb sie hier auf eine detaillierte Darstellung der Gesamt Ereignisse verzichten und sich auf die Aktivitäten Piecks während dieser konzentrieren. – Wichtig weiter: Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD. 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 315 ff.

der renitenten Berliner Bezirksleitung (BL) einen enervierenden Kleinkrieg führte, davon überzeugt, daß die KPD »sich von dem einen oder anderen Vertreter der Opposition wird befreien müssen, wenn die Partei nicht immer wieder in ihrer Arbeit gestört werden soll«. ⁴⁸ Maslow, der intellektuelle Kopf der Opposition, schicke Fischer vor, damit diese mit ihren »zarten weiblichen Sametpfötchen« den Eindruck erwecke, »als werde die Opposition von der Zentrale in brutaler Weise und ohne Anlaß angefaßt«. ⁴⁹ Mit ihren »radikalen Phrasen« würden die Linken aber nicht die für den revolutionären Kampf benötigten Massen gewinnen, sondern nur das Mißtrauen gegenüber der Zentrale schüren. ⁵⁰

Mittels eines »Maulkorberlasses«, der öffentliche Debatten über einmal gefaßte Beschlüsse verbot, sollte Ende September 1923 die gegen den politischen Kurs der Zentrale gerichtete Arbeit der linken Opposition erschwert werden. Die Entscheidung über eine Abstrafung der Berliner überließ die Zentrale jedoch wieder dem EKKI, welches – wie schon im Frühjahr – erneut den von der Mehrheit geforderten »radikalen Schnitt« verhinderte. In diesem Zusammenhang erwies sich Piecks Auftreten gegenüber der Berliner BL, die er im Auftrag der Zentrale über die gefaßten Beschlüsse informieren sollte, als kontraproduktiv, weil er sich im Verlauf der hitzigen Debatte in Widersprüche verstrickte. So schrieb Walcher an Brandler: »Bei der Aussprache waren alle Genossen der Überzeugung, daß Wilhelm zu schwach ist, um uns bei den Berlinern zu vertreten. Die Maslow und Konsorten mißbrauchen seine Gutmütigkeit, was Wilhelm freilich nicht abhält, aufs neue immer wieder hereinzufallen.« Und Brandler schätzte postwendend ein: »Was Ihr über die Berliner Delegation schreibt und das Husarenstückchen von Wilhelm ist nicht gerade erbaulich. Wilhelm ist doch ein alter Quatschkopf, der uns den ganzen Hühnerstall aufscheucht und die Arbeit schwer macht.« ⁵¹

Auf Geheiß des EKKI, das sich vom Revolutionsfieber der Linken, aber auch von großen Arbeiterdemonstrationen in Deutschland beeindruckt ließ, ⁵² forcierte die Brandler-Thalheimer-Zentrale seit Juli/August 1923 die Aufstandsvorbereitungen. Dafür wurden Monate veranschlagt. Das Polbüro beschloß am 28. August 1923, ein »mit diktatorischen Vollmachten« ausgestattetes zentrales Revolutionskomitee (REVKOM, Siebenerkommission) zu schaffen. ⁵³ Als Finanzbevollmächtigter bat Pieck Ende Sep-

⁴⁸ Pieck an Zetkin, 28. 4. 23, a. a. O.

⁴⁹ Pieck, Berlin, 20. März 1923, an Hoernle, in: SAPMO/BArch, I 2/3/203, Bl. 45.

⁵⁰ Pieck, Berlin, 29. September 1923, an Brandler, in: ebd., Bl. 212.

⁵¹ Siehe hierzu: Pieck, Berlin, 17. September 1923, an Brandler, in: SAPMO/BArch, I 2/3/203, Bl. 189; Pieck, Berlin, 17. September 1923, an Brandler, in: ebd., Bl. 190; Walcher, Berlin, 17. September 1923, an Brandler, in: ebd., I 2/2/29, Bl. 40; Brandler, Moskau, 21. September 1923, an die Zentrale der KPD, z. H. Koenen, in: ebd., I 2/3/203, Bl. 194–195; Pieck an Brandler, 29. September 1923, a. a. O.

⁵² Genannt seien hierzu bspw. der von der KPD Ende Juli 1923 veranstaltete »Antifaschistentag« und der Generalstreik Anfang August, der zum Rücktritt der Regierung Cuno führte.

⁵³ Der militärische Leiter bei der Z[entrale] der KPD., Bericht Nr. 3 über die militärorganisatorische Arbeit in Deutschland vom 28. Juli bis 27. Oktober 1923, Berlin, 27. Oktober 1923, ZPA, I 6/10/78, Bl. 98–131. Der Bericht zitiert als Einleitung den Beschluß des Polbüros vom 28. 8. 1923.

tember 1923 die russische Partei um die schnelle Überweisung einer größeren Summe, weil man sonst in Bedrängnis gerate.⁵⁴ Wichtig ist, daß er als Mitglied des REVKOM auch für die Waffenbeschaffung zuständig⁵⁵ und daher für die mangelhafte Vorbereitung des »deutschen Oktober« mit verantwortlich war.

Durch die am 20. Oktober verfügte Reichsexekutive gegen Sachsen wurde die sozialdemokratisch-kommunistische Landesregierung ihres Amtes enthoben und die Verfügungsgewalt der Reichswehr übertragen; die KPD-Führung sah sich deshalb zu einem »jetzt oder nie« gezwungen.

Vergeblich forderte Brandler die Delegierten des Chemnitzer Betriebsrätekongresses zum Generalstreik auf. Wegen der fehlenden Massenbasis sagte die Brandler-Thalheimer-Zentrale darauf den Aufstand schlicht ab. Der »deutsche Oktober« endete, bevor er richtig begonnen hatte. Zur effizienten Schadensbegrenzung wählte die Zentrale am 29. Oktober einen mit allen Vollmachten ausgestatteten »Fünferkopf«, dem auch Pieck angehörte. Unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes drohten Verbot und Illegalität.⁵⁶ Offensichtlich war Pieck Anfang November immer noch zuversichtlich, »daß die unvermeidlichen Kämpfe [...] vielleicht schon in den nächsten Wochen kommen (und) all den Dreck hinwegschwemmen werden, der von einzelnen Genossen aus Langeweile immer wieder in der Partei aufgerührt wird«.⁵⁷ Doch weder über die Stabilisierung der allgemeinen Verhältnisse in Deutschland noch über die desolante innerparteiliche Situation ließ sich hinwegsehen. »Unvermeidliche Kämpfe« sollten lediglich aus der »Zuspitzung« der Differenzen zwischen Zentrale-Mehrheit und linker Opposition erwachsen.

Anfang Dezember 1923 reisten Pieck und Walcher zu Gesprächen nach Moskau, um an den Verhandlungen der »Maslow-Kommission« teilzunehmen.⁵⁸ Gleichzeitig

⁵⁴ Pieck, Berlin, 29. September 1923, an Brandler, in: SAPMO/BArch, I 2/3/203, Bl. 212.

⁵⁵ Am 3. 11. 1925 beantragte der Oberreichsanwalt beim Preußischen Landtag im Rahmen seiner kollektiven Anklage gegen alle Mitglieder der Zentrale der KPD der Jahre 1923/24 wegen fortgesetzten Hochverrats »die Genehmigung zur Einleitung der Strafverfolgung und Verhaftung gegen den Abgeordneten Pieck«. In bezug auf Pieck gab der Oberreichsanwalt u. a. noch folgende spezielle Begründungen: Pieck sei in dem im September 1923 zur Organisation des bewaffneten Aufstandes gebildeten Zentralen Revolutionskomitee für die Kassengeschäfte verantwortlich gewesen und habe außerdem die dem Revolutionskomitee angegliederte Abteilung für Waffenbeschaffung geleitet. Der Oberreichsanwalt, Leipzig, 3. November 1925, an den Preußischen Landtag in Berlin, in: SAPMO/BArch, NY 4036/279, Bl. 14–24.

⁵⁶ Protokoll der Zentrale-Sitzung vom 29. Oktober 1923, ZPA, I 2/2/15, Bl. 276.

⁵⁷ Pieck, Berlin, 6. November 1923, an Zetkin, in: SAPMO/BArch, I 2/3/203, Bl. 243–248.

⁵⁸ Maslow war nach den Verhandlungen Anfang Oktober 1923 in Moskau zurückgehalten worden, um gegen ihn erhobene Anschuldigungen – angebliche Ungereimtheiten in seiner Biographie, Vorwurf von Spitzeldiensten für die Polizei – zu klären. – Pieck schrieb während seines acht Wochen dauernden Moskau-Aufenthaltes eine Reihe von Briefen an die Zentrale der KPD oder auch an politische Freunde in der KPD-Führung, in denen er diese über die Vorgänge, Erlebnisse und auch Hintergründe informierte. Außerdem gibt es noch eine Reihe handschriftlicher Notizen Piecks wie Tagebuchaufzeichnungen und Sitzungsmitschriften. Aus all diesen Dokumenten lassen sich eine Vielzahl von Informationen und Zusammenhängen herausfiltern, die in der bisherigen Forschung noch nicht dargestellt wurden. Siehe hierzu: Pieck, Moskau, 9. [10.] Dezember 1923, an die Zentrale der KPD, in: SAPMO/BArch, I 6/10/53,

wurden von ihnen erste Sondierungsgespräche mit EKKI-Vertretern geführt. Die Spaltung der bisherigen Zentrale-Mehrheit in die Brandler-Thalheimer-Gruppe und die »Mittelgruppe« nahm Pieck daher nur zur Kenntnis.⁵⁹ Noch sah er sich als Vermittler, dessen Aufgabe es war, die Einheit der alten Zentrale-Mehrheit gegen die auftrumpfende linke Opposition wiederherzustellen.

Brandlers Entmachtung »würde die Linke zweifellos als einen ihrer größten Siege hinausposaunen, ohne daß damit erreicht [...] werden kann, die Opposition wirklich zu praktischer Mitarbeit zu veranlassen«. Pieck hoffte noch immer, das EKKI würde die Parteilinke nicht allzusehr aufwerten. Doch bereits während einer ersten Unterredung mit Grigori Sinowjew begriff er, daß ein Wechsel in der Leitung der KPD unabdingbar sei.⁶⁰ Der Komintern-Chef hatte Brandler abgeschrieben und setzte mehr denn je auf die linke Opposition. Immerhin beharrte Pieck darauf, daß man letzterer »die Folgen ihrer politisch negativen Kritik und ihrer persönlichen Hetze gegen die leitenden Mitglieder der Zentrale« verdeutlichen müsse: »Verärgerung, Mißtrauen und gesteigerte Passivität in den Arbeiterkreisen«. Infolge der Oktober-Ereignisse, konstatierte Pieck, sei »eine starke Linksströmung vorhanden, die zur stärkeren Aktivität der Partei drängt«. ⁶¹ Er warnte Sinowjew jedoch davor, diese mit der Berliner Oppositionsführung zu verwechseln. Um eine Lähmung der KPD zu verhindern, erschien daher der Komintern-Führung eine Aussprache mit den verschiedenen Strömungen noch im Dezember unausweichlich.

Gegenüber dem EKKI bestand Pieck in seinen zahlreichen Vorgesprächen darauf, klarzustellen, »daß das Ausweichen vor dem bewaffneten Aufstand im Oktober richtig gewesen ist, wenn auch durch den Umstand veranlaßt, daß die Partei es nicht verstanden habe, die Arbeitermassen so stark zu mobilisieren, daß der bewaffnete Kampf auch nur minimale Aussichten auf Erfolg gehabt hätte«. Unterstützt von Walcher und Zetkin hielt er bis zum Ende der EKKI-Beratungen daran fest, worauf

Bl. 245–247; ders., Moskau, 1. Januar 1924, an die Zentrale der KPD, in: ebd., I 6/3/132, Bl. 2–5; ders., Moskau, 1. Januar 1924 an Eberlein, in: ebd., Bl. 1; ders., Moskau, 9. Januar 1924, an die Zentrale der KPD, in: ebd., Bl. 7–9; ders., Moskau, 15. Januar 1924, an die Zentrale der KPD, in: ebd., Bl. 12–15; ders., Die Opposition in der KPD, 15. Dezember 1923 (Als Artikel gedacht. Vorläufig zur Kenntnisnahme.), in: SAPMO/BArch, I 6/3/128, Bl. 116–122; ders., Urteil über die Opposition in der KPD, o. D. [Mitte Dezember 1923], in: ebd., I 2/3/62a, Bl. 187–188; letzteres ist entweder eine Rede- oder eine Artikeldisposition, in welcher Pieck vor allem konkrete Beispiele für Unterstellungen der Opposition gegenüber der Zentrale-Mehrheit gibt; ders., Handschriftliche Notizen, Reise nach Moskau 6. 12. 1923–30. 1. 1924, o. D. (Abschrift), in: ebd., NY 4036/534, Bl. 7–11; ders., Handschriftliche Aufzeichnungen, Sache Maslow – Kommission in Moskau (Stalin) 1923 (Abschrift), in: ebd., Bl. 35–59; ders., Handschriftliche Notizen, Lenin, 21. Januar 1924 (Abschrift), in: ebd., Bl. 92–94; ders., Zum Tode Lenins, Rede auf dem II. Sowjetkongreß der UdSSR, 26. Januar 1924 im Großen Theater Moskau, aus *Pravda* v. 30. 1. 1924, in: ebd., Bl. 95; ders., Berlin, 12. Februar 1924, an den Zentralausschuß der KPD, in: ebd., I 2/3/62a, Bl. 101–108.

⁵⁹ Vgl. hierzu: Becker/Jentsch, Brandler, S. 292; der Verlauf dieser Zentrale-Sitzung ist am authentischsten geschildert in: Eberlein, Berlin, 21. Dezember 1923, an Pieck, in: SAPMO/BArch, I 6/3/126, Bl. 151–158.

⁶⁰ Pieck an Zentrale der KPD, 9.[10.]12.23, a. a. O., Bl. 245.

⁶¹ Ebd.

ihn Sinowjew scharf angriff: Pieck schwanke und behindere eine Verständigung. Sollte er Radek und Trotzki unterstützen, müßten Zetkin und er es auf einen Kampf mit ihm – Sinowjew – ankommen lassen. Beide lehnten es jedoch ab, sich wegen »der deutschen Frage in den russischen Parteistreit verwickeln« zu lassen. Sechs Stunden diskutierten Pieck und Zetkin am 2. Januar 1924 mit dem Politbüro der KPR. Stalin faßte die Ergebnisse, welche die kommenden Verhandlungen präjudizieren sollten, zusammen: Mit der Politik Brandlers sei man in eine Sackgasse geraten. Die neue KPD-Führung müsse sich aus Vertretern der Mittelgruppe und der Linken zusammensetzen, worüber ein Parteitag entscheiden solle.⁶² Ab dem 8. Januar 1924 verhandelten Vertreter des EKKI dann mit den Ende Dezember in Moskau eingetroffenen Vertretern der KPD-Führung.⁶³ Nach langen Verhandlungen kam es zwischen dem EKKI und der Mehrheit der KPD-Vertreter zur Einigung. Letztlich erwies sich Pieck, der sich einigen Beschlüssen widersetzte, als flexibel: »Wir wissen, daß die politische Lage in Deutschland uns zur Zusammenarbeit mit der Opposition zwingt und daß eine Parteaueinandersetzung der revolutionären Bewegung außerordentlichen Schaden zufügen würde. Die Zusammenarbeit muß also unter allen Umständen herbeigeführt werden, ganz gleich, ob wir uns auf einheitliche Thesen verständigen oder nicht.« Alles weitere sollte jedoch in Deutschland entschieden werden.⁶⁴ Als »Exponent der bisherigen Politik« und zum Erhalt der Parteeinheit müsse Brandler von der Leitung der KPD entfernt werden, »obwohl die gesamte Zentrale, jedenfalls deren gesamte Mehrheit, für die betriebene Politik und die dabei gemachten Fehler verantwortlich« ist.⁶⁵

3. Konsolidierung der Führungsposition

Während am 22. Januar 1924 die deutsche Delegation zurückreiste, nahmen Pieck und Thälmann, der damals zum Fischer-Maslow-Flügel gehörte, als Repräsentanten der KPD an der Beisetzung Lenins teil. Nach einem ersten Vier-Augen-Gespräch mit Stalin – in dem sich die beiden Fachleute für Organisationsfragen wahrscheinlich näherkamen – reiste er zurück nach Berlin⁶⁶. Bei der Neubesetzung der KPD-Führungsgremien blieb Pieck unberücksichtigt. Teile der Mittelgruppe um Wilhelm Koenen und der Fischer-Maslow-Gruppe teilten sich die Führungspositionen. Vertrat Pieck in Moskau noch wacker eine Minderheitenposition und legte sich mit Sinowjew

⁶² Diese Darstellung folgt in knapper Form der Piecks in seinem Brief an den Zentralausschuß der KPD, 12. 2. 24, a. a. O., Bl. 101–108.

⁶³ Brandler, der als letzter erst am 9. Januar 1924 ankam, war davon überzeugt, daß seine Anreise gewollt verzögert worden war, da ihm die notwendigen finanziellen Mittel und Reisedokumente verspätet in Prag zugestellt wurden. Brandler, Prag, 27. 12. 1923, an Piatnitzki, in: SAPMO/BArch, I 6/10/78, Bl. 262.

⁶⁴ Pieck an Zentrale, 15. 1. 24, a. a. O., Bl. 12.

⁶⁵ Pieck an Zentralausschuß der KPD, 12. 2. 24, a. a. O., Bl. 101.

⁶⁶ Pieck, Chronik, Bl. 88 f.

an, unterließ er es fortan, bei Machtkämpfen an vorderster Linie zu stehen. Seitdem wartete er mit exponierten Meinungsäußerungen so lange, bis klar schien, welche Linie sich letztendlich durchsetzen würde.

Mit einem devoten Rechtfertigungsbrief biedernte er sich an: »Ich beteiligte mich in der KPD nie an Gruppierungen oder Fraktionen, sondern bekämpfte sie und versuchte, [...] in der Zentrale [...] die widerstrebenden Elemente zusammenzubringen. Ich [...] versuchte Gegensätze auszugleichen, sofern ein solcher Ausgleich ohne Preisgabe grundsätzlicher Klarheit und der Parteidisziplin möglich war. [...] Ich konnte wegen längeren Aufenthaltes im Gefängnis leider [!] nicht verhindern, daß im Herbst 1919 in Heidelberg die Abstoßung der ›linken‹ Opposition erfolgte [...]. Ich habe aber mit aller Entschiedenheit 1921 den Ausschluß der opportunistischen Elemente betrieben, die unter Führung von Levi und Friesland die Partei von ihren revolutionären Aufgaben ablenken und die Liquidation der Komintern [...] herbeiführen wollten. Ich setzte mich stets für eine Zusammenarbeit zwischen der Parteimehrheit und der gegenwärtigen Opposition in der KPD ein, weil nur dadurch die Partei arbeitsfähig gemacht und die Opposition überwunden werden kann. [...] Als Liquidator und Menschewist oder als Förderer solcher Elemente kann mich niemand im Ernst beschuldigen und mich aus einem solchen Grunde auch nicht aus der Parteileitung entfernen.«⁶⁷

Pieck kämpfte um seine Führungsposition, wobei er auch nicht vor tollkühnen Behauptungen zurückschreckte. Demnach sei er schon immer stärker gegen »rechten Opportunismus« als gegen »linken Radikalismus« vorgegangen.⁶⁸ Nicht zu Unrecht bezweifelte er, daß es in der neuen Führungsriege jemanden gebe, der ihn in der Orgarbeit ersetzen könne.⁶⁹ Entgegen seinen Befürchtungen wurde er am 21. Februar 1924 zum Sekretär des Zentralen Wahlkomitees der KPD für die Reichstagswahlen bestimmt.⁷⁰ Auf dem Frankfurter Parteitag wurde er – vermutlich durch den Druck Moskaus, die Mittel-Gruppe nicht zu sehr zu schwächen – wieder in die Zentrale der KPD gewählt⁷¹. Anschließend verhandelte Pieck im Auftrag des Polbüro mit Brandler, Thalheimer und Walcher über deren weitere Verwendung.⁷²

⁶⁷ Pieck-Zentralausschuß, 12. 2. 24, a. a. O., Bl. 101, 108.

⁶⁸ Zwar stimmt es, daß er einer der Wortführer im Kampf gegen Levi und dessen Anhänger war – wobei er allerdings weniger dessen Anschauungen angriff als dessen Disziplinbruch –, seine Hervorhebung aber, er hätte sich strikt gegen den Ausschluß der Laufenberg-Wolffheim-Gruppe, die spätere KAPD, gewendet, wäre er nicht ausgerechnet in dieser Zeit für mehrere Monate im Gefängnis gewesen, erscheint doch eher als ein vorgeschobenes Scheinargument. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß Sieger in der Auseinandersetzung mit Levi eben die spätere Brandler-Koenen-Zentrale war, die damals als Anhänger der Offensivtheorie eher linksradikale Positionen vertrat, erst durch die Erfahrungen der Märzkämpfe zu Verfechtern der Einheitsfronttaktik wurde und jetzt (in sich gespalten) um ihr politisches Überleben kämpfte.

⁶⁹ Pieck, [Berlin], 20. Februar 1924, an Eisenberger, Moskau, in: SAPMO/BArch, I 6/3/131, Bl. 5.

⁷⁰ Pieck, Chronik, Bl. 90.

⁷¹ Vgl. H. Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 2, Frankfurt am Main, 1969, S. 12 f., 214.

⁷² Protokoll der Sitzung des Polbüros vom 19. April 1924, in: SAPMO/BArch, I 2/3/4, Bl. 66–69. – Walcher wurde zur Profintern nach Moskau delegiert, Thalheimer zur Programmkommission der Komintern. Die

Nach außen arrangierte sich Pieck mit der neuen Führung, obgleich er intern die Defizite benannte: Einerseits müßten jetzt alle verantwortungsvollen Kommunisten der Fischer-Maslow-Zentrale helfen, »wirklich revolutionäre Arbeit zu leisten«. Sonst ginge die Partei einer düsteren Zukunft entgegen. Andererseits wurden viele tüchtige Funktionäre »wegen ihrer angeblich ›rechten Einstellung‹ [...] von verantwortlichen Posten [...] genommen«. Diese waren mit der Arbeit vertraut und wurden »durch Genossenersetzt, denen zum Teil die Fähigkeiten dazu fehlen«. ⁷³ Dadurch würde die Organisation unnütz geschwächt. Wenig später folgte eine vernichtende Zwischenbilanz:

»Es überwuchert in der Parteimitgliedschaft ein recht kleinlicher gehässiger Geist, der die Bolschewisierung der Partei in einer Art Ketzerrieckerei sieht und bei dessen Betätigung die besten Elemente entweder zurückgestoßen oder ihnen die Mitarbeit verweigert wird.« Dies betreffe vor allem die Bezirke und Ortsgruppen. Die Parteimitglieder seien »von persönlichem Krakeel und gegenseitigem Mißtrauen« erfüllt. Wenig sei von einer fruchtbaren Arbeit zu spüren. Dazu komme noch der Wirrwarr in der Gewerkschaftsfrage. Die Reichstagsfraktion lasse »den wirklich revolutionären Zug vermissen und sucht durch lautes Lärmen zu ersetzen, was an aufpeitschender Initiative fehlt«. Fazit: »Das sind Mängel, die kaum jemals so kraß hervorgetreten sind und es wird der ganzen Anstrengung [...] der Partei bedürfen, um über diesen toten Punkt hinwegzukommen.« ⁷⁴

Diese Kritik korrelierte mit der Hetzkampagne gegen Andersdenkende unter der Fischer-Maslow-Führung, die im März 1925 im Tribunal gegen Brandler, Thalheimer und andere »Rechte« ihren vorläufigen Höhepunkt finden sollte. ⁷⁵ In Moskau gelang es Heinz Neumann und Iwan Katz, den Brandler-Anhänger Josef Eisenberger, der infolge der Säuberungen seine Funktion beim EKKI verlor, »umzudrehen«. Der »Kronzeuge« gegen die Angeklagten ⁷⁶ nahm eine Äußerung Piecks (»Du bist eine Landknechtsnatur, der Du Jedem dienst, der Dich bezahlt.«) zum Anlaß, sich beim Polbüro der KPD zu beschweren. Piecks Vorwurf stehe »in engstem Zusammenhang [...] mit meiner politischen Haltung gegen Brandler, die mir seitens der Ge-

Entscheidung über die Weiterverwendung Brandlers verzögerte sich, zumal dieser sich widersetzte. Schließlich beugte er sich und emigrierte in Anbetracht der gegen ihn begonnenen Polizeifahndung auch nach Moskau.

⁷³ Pieck, Berlin, 7. Juli 1924, an Zetkin, in: SAPMO/BArch, NY 4036/521, Bl. 18–20.

⁷⁴ Pieck, Berlin, 11. September 1924, an Zetkin, in: ebd., Bl. 36–38.

⁷⁵ Vgl. J. Becker, Th. Bergmann, A. Watlin (Hrsg.), *Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek*, Mainz 1993.

⁷⁶ Eisenbergers Auftreten während dieses vom 10. bis 27. März tagenden und unter unglaublicher Anspannung stehenden Parteiverfahrens vor der ZKK der KPR(B) wurde von den Beteiligten als derartig empörend wahrgenommen, daß Thalheimer beim Verlassen des Verhandlungsraumes am 17. März 1925 Eisenberger mit der Faust ins Gesicht schlug. Auch Zetkin ging dazu über, ihn »ostentativ« zu schneiden. Siehe hierzu: Eisenberger, Moskau, 18. März 1925, an Sinowjew, in: SAPMO/BArch, I 6/3/150, Bl. 8; ders., gl. O. u. D., an die ZKK der KPR(B), z. H. Stirner, in: ebd., Bl. 9; ders., gl. O. u. D., an Zetkin, in: ebd., Bl. 10.

nossen um Pieck bis heute nicht verziehen worden ist. [...] Meine gewonnene [politische] Überzeugung von der Schädlichkeit der Brandlerleute für die weitere Entwicklung der Partei trieb mich, der Partei zu geben, was ich ihr unter diesen Umständen geben konnte. [...]«⁷⁷ Die Bolschewisierung der Partei drohe von diesen Leuten, die noch immer Führungsansprüche anmeldeten, unterlaufen zu werden. Aus den Führungsgremien der KPD und der KPR(B) hatte Eisenberger interne Kenntnisse über die Vorbehalte gegen Luxemburg und die Spartakustradition in der KPD. Aus dem Luxemburgismus kreierte man den Brandlerismus, um den Parteikörper zu homogenisieren. Pieck überstand diese Beschuldigungen. Im sich 1926 abzeichnenden Konflikt mit den »Versöhnlern«, jenen Kräften, die nach der Entmachtung der Fischer-Maslow-Führung versuchten, mit dem »Kurs der Konzentration« die Einheit der Partei zu wahren und die darüber hinaus die Relevanz der Sozialfaschismusthese bestritten, erhielt Pieck Insider-Informationen aus Moskau. Jelena Stassowa machte ihn auf mögliche Maßnahmen des EKKI gegen die Gruppe Ernst Meyer, Gerhart Eisler und Karl Becker – die sogenannten »Versöhnler« – aufmerksam, damit dieser gegebenenfalls Gegenmaßnahmen einleiten könne: »Nun, Du sollst gewarnt sein. Selbstredend ist dieser Brief von mir nur für Dich bestimmt, aber Du wirst mich nicht veraten.«⁷⁸ Diese Nebenbemerkung zeigt bereits das sich verschärfende Klima an, das mit der Stalinisierung der Komintern einzog. Innerhalb der KPD, so Pieck in seiner Antwort, finde eine »außerordentlich zugespitzte Parteidiskussion« über das Vorgehen des ZK der KPR(B) gegen die vereinigte linke Opposition um Trotzki und Sinowjew statt. Die Gründe der linken innerparteilichen Opposition seien eher sentimental: Verbot der Redefreiheit und organisatorische Maßnahmen gegen Sinowjew und Kamenew. »Die Partei kann vielleicht noch eine Zeit lang dieses zersetzende Treiben ansehen, ohne zu organisatorischen Maßnahmen zu greifen, aber die Opposition treibt ihre Arbeit offenkundig auf eine Abspaltung von der Partei, und so wird die Partei genötigt sein, sehr bald in entscheidender Weise gegen dieses Treiben Front zu machen.«⁷⁹

Ende der zwanziger Jahre entwickelte sich Pieck mehr und mehr zum abgeklärten Parteimanager, dem die Einheit der Partei und das Funktionieren des Apparats Selbstzweck geworden schien. Kritiker des Stalinisierungskurses hätten demnach die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Sie müßten lernen, sich den Imperativen einer funktionierenden Organisation unterzuordnen. Gegenüber dem Künstler Eduard Fuchs legte Pieck seine Auffassungen über das Verhältnis Parteimitglied-Partei-Führungskörperschaft dar: »[...] Die Freunde«, mit denen Pieck unmißverständlich Brandler, Thalheimer und ihre Anhänger meinte, »sollten verstehen, daß zur Führung der Partei auch das Vertrauen der Mehrheit der Mitgliedschaft gehört und daß man niemandem grollen kann, daß eben die heutige Parteiführung das Vertrauen der Mehrheit der Partei hat. Sich etwa deshalb beiseite zu stellen, [...] halte ich für keinen

⁷⁷ Eisenberger, Berlin, 23. September 1925, an das Polbüro der KPD, ebd., Bl. 100.

⁷⁸ Stassowa, Moskau, 7. Juli 1926, an Pieck, in: SAPMO/BArch, NY 4036/600, Bl. 9–12.

⁷⁹ Pieck, Berlin, 16. August 1926, an Stassowa, in: ebd., Bl. 13–15.

revolutionären Entschluß. Man kann sich auch nicht mit der Absicht zeitweilig beiseite stellen, um etwa »die anderen abwirtschaften zu lassen«, um dann wieder die Führung zu übernehmen. So einfach ist das in der Arbeiterbewegung nicht und man würde damit der Partei auch nur Schaden zufügen. [...] Es ist ja so leicht, die Partei und ihre Führung zu kritisieren, aber schon sehr viel schwerer, die Partei immer mehr zu befähigen, ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen. Wer so wie ich jeden Tag von früh bis in die Nacht im Getriebe der Partei steht und an allen Stellen auf die Unzulänglichkeit all der Faktoren stößt, die für die Fortentwicklung der Partei von ausschlaggebender Bedeutung sind – und das ist nicht nur etwa die Führung – der versteht auch die Mängel und Schwächen der Partei und bleibt bewahrt vor der Überschätzung des Einflusses einzelner Personen.«⁸⁰

Seit 1928 nahm Piecks Arbeitsbelastung stetig zu. Neben seiner Parlamentstätigkeit⁸¹ übernahm er die Organisationsarbeit für Berlin. Allein im Vorfeld der Wahlen zum Deutschen Reichstag und zum Preußischen Landtag bewältigte er vom 4. bis 19. Mai ein Mammutprogramm. Er hielt Wahlreden in Cottbus, Vegesack, Bremerhaven, Bremen, Finsterwalde, Brandenburg, Leipzig, Berlin und Frankfurt/Oder.⁸² Nach der Entmachtung der Linken versuchten sowohl die »Parteirechten« als auch die »Versöhner« eigene Funktionäre auf aussichtsreiche Listenplätze zu bringen. Diese Bestrebungen wurden jedoch von der Thälmann-Führung abgeblockt.⁸³ Über das »Geheimabkommen«, das Delegationen von KPD und KPdSU im Februar 1928 abgeschlossen hatten, wurde Pieck von Zetkin informiert⁸⁴. Diese statutenwidrige Absprache zweier Delegationen, die ohne Mandat verhandelten, nahm nicht nur den Ausschluß der »Rechten« vorweg, sondern verengte den Spielraum für jegliche innerparteiliche Opposition. Pieck wußte also von der Absprache, »gegen Träger der rechten Gefahr« vorzugehen und Kandidaturen von Brandler und Thalheimer für den Reichstag zu verhindern.⁸⁵ Insofern kann seine wohlwollende Reaktion auf die Wahl Paul Frölichs in den Reichstag⁸⁶ als Indiz dafür gelten, daß er immer noch hoffte, ihm vertraute Funktionäre in verantwortliche Positionen bringen und so die sich vollziehende Stalinisierung der Partei noch mildern zu können. Infolge einer Erkrankung verzichtete er auf sein Delegiertenmandat für den VI. Kongreß der KI,⁸⁷ auf dem die Weichen für den ultralinken Kurs der KI gestellt wurden. Bucharin und andere »rechte« Bolschewiki verloren an Einfluß und wurden kurz darauf entmachtet.

⁸⁰ Pieck, 29. Februar 1928, an Fuchs, in: SAPMO/BArch, NY 4036/520, Bl. 108–109.

⁸¹ Siehe Exkurs unten.

⁸² Pieck, Chronik, Bl. 114.

⁸³ Zetkin, Moskau, 4. April 1928, an Pieck, in: SAPMO/BArch, NY 4036/521, Bl 95–96; der Brief ist publiziert in: BzG 6/1991, S. 787–788 und bereits von Hermann Weber in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1968, S. 207 ff.

⁸⁴ Ebd., S. 787.

⁸⁵ Vgl. dazu ebd., S. 786.

⁸⁶ Pieck, 19. Juni 1928, an Fuchs, in: SAPMO/BArch, NY 4036/520, Bl. 111.

⁸⁷ Pieck, Berlin, 23. Juli 1928, an Thälmann, Moskau, in: SAPMO/BArch, NY 4036/520, Bl. 123.

In der Wittorf-Affäre (26. 9. – 3./4. 11. 1928), dem Korruptionsskandal um den Parteivorsitzenden Thälmann,⁸⁸ stimmte Pieck mit der ZK-Mehrheit für dessen Absetzung, hielt sich aber in dieser für die KPD doch so entscheidenden Auseinandersetzung zurück.⁸⁹ Die darauf eskalierenden Spannungen in der KPD führten zu politischen und persönlichen Zerwürfnissen. Hatte Pieck den Kontakt zu Brandler und den anderen »alten Freunden« – die an der Jahreswende 1928/29 die KPD-Opposition gründeten und aus der KPD ausgeschlossen wurden – längst abgebrochen, so kündigte Fuchs ihm Anfang März 1929 die Freundschaft. Pieck habe sich mit den Lumpen des Apparats verbündet. »Ich bin und war nur verbunden mit der Parteimitgliedschaft«, erwiderte Pieck in einem seiner raren persönlichen Briefe, in denen er mehr als die üblichen Parteiangelegenheiten darlegte. »Für mein Verhalten waren immer nur die Beschlüsse der maßgebenden Tagungen und Körperschaften der Partei und der Internationale entscheidend und niemals die Wünsche und Bedürfnisse einzelner Personen, auch wenn sie meine persönlichen Freunde waren oder sind. Mir steht das Vertrauen der Parteimitgliedschaft höher als alle persönlichen Freundschaften [...]. Wenn Du das als eine Lumperei ansehen solltest, dann würde uns allerdings noch mehr voneinander trennen als nur der Bruch unserer persönlichen Freundschaft. In meinem Parteileben habe ich nur wenige Menschen verehrt, aber immer habe ich nur der Partei und niemals Personen gedient. Und obwohl mir die Überlastung mit Parteiarbeit im letzten Jahrzehnt niemals Zeit zur Pflege persönlicher Freundschaften gelassen hat, so bedauere ich doch die Aufkündigung Deiner Freundschaft, weil sie eine von den wenigen war, die ich hoch geschätzt habe. Aber im politischen Kampfe muß auch das ertragen werden. Ich schreibe Dir diese Zeilen, die ich gleichzeitig auch an die alten Freunde richte, die ständig in Deinem Hause verkehren und die mir sicher aus den gleichen Gründen wie Du, ihre persönliche Freundschaft aufgekündigt haben.«⁹⁰

4. Exkurs: Leiter der RHD

Veranlaßt durch die Märzaktion sah Pieck bereits 1921 die wichtigste Aufgabe der RHD darin, als überparteiliche Hilfsorganisation in Not geratene Revolutionskämpfer und deren Familien materiell zu unterstützen. Neben der lose verkoppelten

⁸⁸ Thälmann deckte die Unterschlagungen von Wittorf, der Polleiter des Bezirks Hamburg war. Daraufhin setzte ihn das ZK der KPD ab. Auf Betreiben Stalins wurde Thälmann vom selben ZK der KPD wieder eingesetzt, das vorher mehrheitlich seiner Entmachtung zugestimmt hatte. Die durch die Wittorf-Affäre ausgelöste Kettenreaktion veränderte radikal das personelle Gefüge und die Programmatik der KPD. Die Disziplinierung der Gemäßigten, zu denen auch Pieck zählte, und der Ausschluß der »Rechten« beschleunigten die Stalinisierung der KPD. Vgl. Weber, *Die Wandlung*, Bd. 1, S. 199–223.

⁸⁹ Vgl. SAPMO/BArch, NY 4036/10, Bl. 117 f.

⁹⁰ Pieck, 8. März 1929, an Fuchs, in: SAPMO/BArch, NY 4036/520, Bl. 114 (Abschrift).

Organisationsstruktur litt die RHD an zeitweiliger Illegalität, finanziellen Problemen und internen Auseinandersetzungen.⁹¹ Allein das organisatorische Chaos, das zeitweise auch die Verlagstätigkeit der RHD lähmte, erforderte harte Reorganisations- und Sanierungsmaßnahmen. Gemeinsam mit Zetkin sollte Pieck daher als Organisationsfachmann die RHD-Leitung übernehmen. Just zu einer Zeit, wo er ums politische Überleben kämpfte, trat er sein Amt am 12. Februar 1924 an.⁹² Piecks Ziel war die Schaffung einer »selbständige[n] Organisation mit Mitgliedern und festen Beiträgen«⁹³, wobei natürlich die Nähe zur KPD gewahrt bleiben sollte.

Wegen Arbeitsüberlastung kümmerte sich Pieck 1926 nicht mehr persönlich um die Arbeiten des Zentralsekretariats (ZS) der RHD. Die Ernennung Jakob Schloers zum Sekretär des ZS der RHD, der die administrative Arbeit leisten sollte, wurde von ihm begrüßt.⁹⁴ Nach der Säuberungswelle gegen die »Rechten« 1929 gründeten Schloer und andere Brandler-Anhänger die KPDO-nahe Internationale Hilfsvereinigung (IHV).⁹⁵ Viele Mitglieder und Sympathisanten kehrten der RHD den Rücken, die sie bis dahin durch finanzielle Zuwendungen, Veröffentlichungen in den RHD-Organen und die Teilnahme an Protesthandlungen unterstützt hatten. Am 26. Februar 1929 griff Pieck das neue Freund-Feind-Schema auf: »Es konnte den führenden Genossen der RH nicht nachgewiesen werden, daß sie praktisch, organisatorisch, fraktionell mit der Brandlergruppe arbeiten, aber in solcher Situation genügt die Neutralität nicht mehr, da muß man aktiv gegen diese Gefahr kämpfen. [...] es genügt nicht, erst dann einzugreifen, wenn der Erfolg der feindlichen Gruppe vorliegt.«⁹⁶

Im Herbst 1929 verschlechterte sich die Finanzlage der RHD so dramatisch, daß sie das Exekutivkomitee der IRH um ein umgehendes Darlehn von 20 000 Reichsmark bitten mußte, da sie sonst ihre III. Reichskonferenz nicht durchführen konnte. Zwar hätte man das notwendige Geld auch von den Bezirken einfordern können, dann wäre aber kein Bezirk mehr in der Lage gewesen, »auch nur einen Pfennig Unterstützung an die Inhaftierten, deren Familienangehörige, an Emigranten zu zahlen«. Und das wäre eine Maßnahme, die keiner begreifen könne. Für die Finanzmisere – die Einnahmen waren in den letzten 18 Monaten um fast ein Drittel gesunken und der Mitgliederstand um fast 10 % zurückgegangen – machte der Vorstand die ausgeschlossenen Funktionäre ver-

⁹¹ Eine umfassende Organisationsanalyse der RHD fehlt. Vgl. Heinz Sommer, *Literatur der Roten Hilfe in Deutschland*. Bibliographie. Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Bibliothek, Berlin 1991, S. 7 (Bibliographische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 9).

⁹² Bereits im Dezember 1923 hatte Pieck am Weltkongreß der Internationalen Arbeiterhilfe teilgenommen und dem EK der Internationalen Roten Hilfe (IRH) über die Lage in Deutschland berichtet, womit er den russischen Genossen schon als Fachmann galt. – Vgl., Pieck, *Chronik*, Bl. 87, 89.

⁹³ Pieck, Berlin, 11. September 1924, an Zetkin, in: SAPMO/BArch, NY 4036/521, Bl. 36–38.

⁹⁴ Pieck, Berlin, 28. Mai 1926, an das Exekutivkomitee der Internationalen Roten Hilfe, Moskau, Beglaubigte Abschrift des Sekretariats 13 der Reichsanwaltschaft, Leipzig, [26.?] April 1928, in: SAPMO/BArch, NY 4036/791, Bl. 269.

⁹⁵ Vgl. Pieck, *Chronik*, Bl. 119; Weber, *Die Wandlung*, Bd. 2, S. 277 f.

⁹⁶ Zit. n. Präsidium der IHV (i. A. Jacob Schlör, Heinrich Vogeler, Dr. Kurt Hiller), o. D., an das EK der IRH, Moskau, in: SAPMO/BArch, NY 4036/599, Bl. 124–125.

antwortlich.⁹⁷ Insgesamt mußten die Unterstützungssätze für die politischen Gefangenen und ihre Angehörigen bis zu 33 % abgebaut werden.⁹⁸

Anfang Mai 1930 schickte Pieck Stassowa, dem zuständigen Mitglied im IRH-Vorstand, den wahrscheinlich von Willi Budich erarbeiteten vertraulichen Bericht *Zur Finanzkatastrophe in der RHD*.⁹⁹ Er hoffte, die finanzielle Misere könne binnen weniger Monate behoben sein.¹⁰⁰ Inzwischen hatten sich 120 000 RM Schulden angehäuft, die sich monatlich um weitere 20 000 RM erhöhten. Mit Klagen von Lieferanten und Rechtsanwälten wegen nicht bezahlter Leistungen war zu rechnen. An die eigenen Mitarbeiter konnten keine Gehälter mehr ausgezahlt werden. Es drohte das Ende des Rechtsschutzes, die Schließung der beiden Kinderheime in Elgersburg und Worpsswede sowie die Einstellung der Zeitschrift *Tribunal*. All das käme – so der Bericht – einem »völligen Bankrott« gleich. Die Finanzprobleme seien jedoch weniger eine Hinterlassenschaft der inkriminierten Schloer-Leute als vielmehr Resultat der finanziellen Anarchie in den RHD-Bezirken.¹⁰¹

Festzustellen ist, daß Pieck das Chaos bei der RHD nur langsam in den Griff bekam. Nachdem er bis 1929 eher als RHD-Repräsentant auf Kongressen gewirkt und aufgrund der Mandatshäufung die Gremien- und Aktenarbeit vernachlässigt hatte,¹⁰² entschloß er sich im Mai 1930, offiziell das ZS der RHD zu übernehmen, »weil ich sonst kein Vertrauen habe, daß die RHD aus diesem Bankrott herauskommt«. Dafür nahm er auch persönliche Risiken in Kauf. »Unter meiner Bereitwilligkeit, die Leitung des Sekretariats zu übernehmen, ist es mir gelungen, das Darlehen von 25 000 Mark ohne eine Verpfändung des Kinderheims zu erhalten. Ich habe mich allerdings persönlich verpflichten müssen, das Darlehn am 1. Oktober d. J. zurückzuzahlen.«¹⁰³ Das Darlehen erhielt die RHD vom ZK der KPD, das bis zur Rückzahlung das Recht erhielt, die RHD-Finanzen zu kontrollieren. Nach langen Auseinandersetzungen beschloß das ZK der KPD, Pieck täglich von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr für die Arbeit im ZS der RHD freizustellen.¹⁰⁴

⁹⁷ Zentralvorstand der RHD, Berlin, 4. Oktober 1929, an das Exekutivkomitee der IRH, Moskau, in: SAPMO/BArch, NY 4036/599, Bl. 82–86.

⁹⁸ Präsidium der IHV an EK der IRH, Moskau, in: SAPMO/BArch, NY 4036/599, Bl. 124–125.

⁹⁹ Siehe hierzu u. dem folgenden: Pieck, Berlin, 10. Mai 1930, an Stassowa, in: SAPMO/BArch, NY 4036/600, Bl. 56; N. N., o. O. u. D., Zur Finanzkatastrophe in der RHD, in: ebd., Bl. 57–62; BV der RHD; Pieck, Berlin, 15. Mai 1930, an Stassowa, in: ebd., Bl. 63–64; Protokoll Nr. 8 der BV-Sitzung vom 13. Mai 1930, in: ebd., NY 4036/596, Bl. 27–30; ders., Protokoll Nr. 9 der BV-Sitzung vom 23. Mai 1930, in: ebd., Bl. 36–38; Pieck, Berlin, 25. Juni 1930, in: ebd., NY 4036/599, Bl. 94–97; ders., Diskussionsrede auf der Sitzung des ZK der KPD vom 16. und 17. Juli 1930 (Abschrift vom 19. 10. 1962), in: ebd., NY 4036/398, Bl. 1–7; ders., Berlin, 22. Juli 1930, an das EK der IRH, in: ebd., Bl. 22–23; ders., Diskussionsrede auf der Sitzung des ZK der KPD vom 14. und 15. Mai 1931 zum Tagesordnungspunkt: Das XI. Plenum und unsere Aufgaben, 15. Mai 1931 (Abschrift vom 24. 10. 1962), in: ebd., NY 4036/400, Bl. 1–10.

¹⁰⁰ Pieck an Stassowa, 10. 5. 1930, a. a. O.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Pieck, Berlin, 26. Februar 1931, an Stassowa, in: SAPMO/BArch, NY 4036/600, Bl. 47–49.

¹⁰³ Pieck an Stassowa, 15. 5. 30, a. a. O., Bl. 63.

¹⁰⁴ 9. BV-Sitzung, a. a. O., Bl. 36.

5. Die Selbstblockade der KPD-Führung

Der mit dem VI. Weltkongreß der Komintern eingeleitete ultralinke Kurs führte dazu, daß die KPD die Konfrontation mit den Staatsorganen, vor allem aber mit der SPD, vermehrt provozierte. Vorläufiger Kulminationspunkt war der Berliner »Blutmai« 1929. Das Demonstrationsverbot zum 1. Mai, das der Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel (SPD) veranlaßte, provozierte Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten. 33 Tote und viele Verletzte, aber auch ein total vergiftetes Klima zwischen KPD und SPD waren das Ergebnis. Eine Woche später hielt Pieck die Ansprache bei der Beerdigung der KPD-Opfer und klagte die SPD-Führer als Arbeitermörder an.¹⁰⁵ Er propagierte die absurde Sozialfaschismusthese, wenngleich wahrscheinlich ohne innere Überzeugung. Wie er selbst eingestand, zeichnete er im Februar 1931 das falsche Bild von den zwei von der Bourgeoisie geführten »Truppenteilen«, dem Sozialfaschismus und dem Faschismus, die flexibel gegen die kommunistische Bewegung eingesetzt würden.¹⁰⁶ Eigene politische Akzente vermochte er 1929–1933 kaum noch zu setzen. 1929 übernahm er die Leitung der Kommunalabteilung beim ZK der KPD. Die Führung der wichtigen BO Berlin-Brandenburg-Lausitz trat er an Walter Ulbricht ab. Wie tief Piecks politisches Niveau gesunken war, verdeutlicht sein Nachruf für den am 2. Februar verstorbenen Ernst Meyer,¹⁰⁷ mit dem er lange befreundet war. Darin bezeichnete er den ehemaligen KPD-Vorsitzenden als »treuen Schüler Hilferdings«. Diese Gleichsetzung mit dem Cheftheoretiker der SPD glich in der KPD beinahe einem politischen Rufmord.¹⁰⁸

Vom 4. November 1930 bis zum 19. Juni 1932 arbeitete Pieck im Moskauer Kominternapparat¹⁰⁹. Seine Berufung zum Mitglied des EKKI-Präsidiums kann als weiterer Karrieresprung gelten. Auf eigenen Wunsch kehrte er Ende Juli 1931 kurz nach Deutschland zurück, um an der Kampagne für den Volksentscheid zur Auflösung des Preußischen Landtags teilzunehmen. An der Seite von Nazis und Deutschnationalen kämpfte die KPD gegen die verhaßte Sozialdemokratie. Piecks überzogen optimistische Sicht, die den Sturz der SPD-geführten Landesregierung herbeiwünschte, wirkt »bei einem so erfahrenen Funktionär nur als opportunistisches Einschwenken auf

¹⁰⁵ Pieck, Chronik, Bl. 120 f.

¹⁰⁶ Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 177; Protokoll der Sitzung des Mitteleuropäischen Ländersekretariats zu Fragen des Faschismus, 22. Februar 1931, in: SAPMO, RY 5/I 6/3/391. – Zur historischen Analyse der Sozialfaschismusthese siehe ausführlich Kinner, S. 153–222. Unter den Kommunisten war es Konsens, daß der unaufhörliche Drang der Bourgeoisie auf Errichtung einer faschistischen Diktatur zur Erhaltung ihrer Macht nur durch die Errichtung einer proletarischen Diktatur zu stoppen, das Haupthindernis dafür aber in der Sozialdemokratie zu sehen war, die es deshalb mindestens ebenso kompromißlos zu bekämpfen galt.

¹⁰⁷ Pieck, Chronik, Bl. 125 f.

¹⁰⁸ Rosa Meyer-Leviné, *Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933*, Köln 1979, S. 268 f.

¹⁰⁹ Pieck, Chronik, Bl. 131.

den offiziellen Komintern-Kurs oder als taktisches Kalkül«. ¹¹⁰ Obwohl der Volksentscheid scheiterte, jubelte das EKKI: Die KPD habe darin die politische Hegemonie übernommen. ¹¹¹

Seit Herbst 1931 eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen dem biedereren Parteivorsitzenden Thälmann und der grauen Eminenz Heinz Neumann. Beiden ging es um die Parteiführung. Pieck nahm an mehreren Aussprachen zu den Differenzen im Politischen Sekretariat des EKKI und im ZK der KPD teil. ¹¹² Dabei verharnte er in der Rolle des Beobachters und des Berichterstatters. Schließlich kam es am 17. Mai 1932 im Beisein von Stalin zur entscheidenden Aussprache zwischen Thälmann, Neumann und Remmele. Neumann sollte zum Sündenbock für einen »gewissen Schematismus in der bisherigen Einheitsfronttaktik der KPD« gemacht werden. Nicht ideologische Differenzen, sondern politische Intrigen gegen Thälmann brachten ihn zu Fall. ¹¹³

Nachdem klar war, wer obsiegte, ging auch Pieck zum Angriff über. Dabei schreckte er vor Führerhuldigungen und allen möglichen Floskeln aus dem Repertoire der stalinistischen Demagogie nicht zurück. Den intellektuellen Niedergang der KPD gegen Ende der Weimarer Republik belegen auch Äußerungen dieses Spitzenfunktionärs sehr deutlich: »Neumann und eine Anzahl Genossen [...] haben ein heimtückisches Attentat auf die Führung der Partei unternommen, um die Partei in einer Situation ihrer einheitlichen Führung zu berauben, wo die Partei dieser Führung auf das äußerste bedurfte. [...] Das ist das schlimmste Verbrechen, das man an einer Partei unternehmen kann. [...] Gen[osse] Thälmann hat sich die größte Mühe gegeben, diese Genossen von ihrem Treiben zurückzuhalten und sie für die Linie der Partei zu gewinnen. Das war erfolglos. Die Genossen haben demgegenüber eine heimtückische, persönliche Hetze gegenüber dem Gen[ossen] Thälmann gestellt. Wir können froh sein, daß der Genosse Thälmann sich durch diese sehr schmutzige Art, und deshalb besonders schmutzig, weil die Leute ihm ins Gesicht Freundschaft heuchelten und hinter seinem Rücken ihn diskreditierten, daß der Gen[osse] Thälmann dadurch die Freude an der Arbeit sich nicht hat verleiten lassen.« Pieck verlangte von jedem KPD-Mitglied, sich offen an der »restlose[n] Liquidierung [...] jedes Keimes der Gruppe Neumann« zu beteiligen und jeden Genossen zu verpflichten, »daß er soviel Mut aufbringt, zu erklären, jawohl ich habe mich dieses Verbrechens gegen die Partei mitschuldig gemacht – dabei spielt nicht die Rolle ob man mehr oder weniger aktiv war, auch schon die liberale Duldung dieses Gruppenkampfes muß in einer solchen Zeit zum Verbrechen an der Partei werden. [...] wenn sogar die Situation im

¹¹⁰ Kinner, *Der deutsche Kommunismus*, S. 191.

¹¹¹ Resolution zur Frage über den Volksentscheid in Deutschland, 16. September 1931, Vertraulich, in: SAPMO/BArch, RY 5/I 6/3/224.

¹¹² Pieck, *Chronik*, Bl. 140.

¹¹³ Vgl. Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Bonn 1990, S. 491–494, 555–557; auch: Weber, *Die Wandlung*, Bd. 1, S. 244–246.

Polbüro so war, daß es nicht mehr ganz sicher war, ob die Mehrheit des Polbüros für die Linie der Partei eintritt und an der Seite des Genossen Thälmann steht, so ist die Aktivität der Parteiführung gelähmt. Eine solche Situation haben wir gehabt.«¹¹⁴

Infolge der Entmachtung Neumanns kam es zu Funktionswechseln in der KPD-Führung, von denen auch Pieck betroffen war. Er kehrte nach Deutschland zurück und übernahm wieder die Leitung des Org.-Büros des ZK. Mit seiner Rückkehr endete auch seine Funktion als Rektor der Internationalen Leninschule in Moskau, zu dem er am 11. Januar 1932 gewählt worden war.¹¹⁵ Ende Mai wurde er gemeinsam mit Ulbricht vom ZK der KPD zum Kandidaten des Sekretariats des lediglich noch aus Thälmann, Remmele und Schehr bestehenden Politbüros berufen. Die Parteimitgliedschaft erfuhr von den Auseinandersetzungen und der Entmachtung Neumanns erst im Oktober durch die 3. Parteikonferenz. Ein Politikwechsel erfolgte aber nicht. Die KPD blieb bei ihrer fundamentalistischen Politik gegenüber der SPD. Sie war zu einer gemeinsamen Verteidigung der Weimarer Republik gegen die faschistische Gefahr auch weiterhin nicht bereit.

6. Exkurs: Piecks Abgeordnetentätigkeit

Die KPD hatte ein gespaltenes Verhältnis zum Parlamentarismus. Einerseits diente die parlamentarische Demokratie der KPD als Tribüne, ihre Politik darzustellen. Andererseits waren ihre oftmals von Strafverfolgung bedrohten Funktionäre durch die Abgeordnetenimmunität geschützt. Das betraf insbesondere die Mitglieder der Zentrale von 1923. So vermerkte der Oberreichsanwalt 1928 in bezug auf Pieck, daß gegen ihn bisher kein »formelles Strafverfahren eingeleitet worden [sei], da er stets als Mitglied des Preußischen Landtages und als Angehöriger des ständigen Ausschusses dieses Parlaments auch außerhalb der Sitzungsperiode immun war, und alle Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung abgelehnt worden sind.«¹¹⁶ Dennoch waren staatliche Willkürakte gegen kommunistische Abgeordnete nicht ausgeschlossen. Im Oktober 1924 forderte Pieck den Geschäftsordnungsausschuß des Deutschen Reichstages auf, den Oberreichsanwalt wegen der polizeilichen Durchsuchung der parlamentarischen Geschäftsräume im Bürohaus Berlin, Rosenthalerstraße 38 – der Zentrale der KPD – zur Verantwortung zu ziehen. Ohne Nennung von Gründen und unter Berufung auf die »richterliche Anweisung zur Durchsuchung der Räume« hätten vier Kripo-Beamte die 18 Räume von Abgeordne-

¹¹⁴ Pieck, Stellungnahme zur Erklärung Heinz Neumanns auf der Sitzung des ZK der KPD vom 15. Oktober 1932 (Abschrift vom 23. 10. 1962), in: SAPMO/BArch, NY 4036/403, Bl. 14–15; ders., Rede auf der Reichsparteikonferenz der KPD, 17. Oktober 1932 (3. Tag), in: ebd., Bl. 24–33.

¹¹⁵ Pieck, Chronik, Bl. 140–144.

¹¹⁶ Der Oberreichsanwalt, gez. Floegel, Leipzig, 12. Juni 1928, Abschrift, in: SAPMO/BArch, NY 4036/791, Bl. 288–289.

ten durchsucht, obwohl der anwesende Remmele auf deren Immunität verwiesen habe.¹¹⁷

Von 1921 bis 1928 war Pieck Mitglied des Preußischen Landtages. Da er 1928 auch in den Deutschen Reichstag einzog, gab er bereits am 14. Juni sein Landtagsmandat wieder auf.¹¹⁸ Das entsprach durchaus seinem eigenen Interesse: »Ich selbst werde das Mandat zum Reichstag in Berlin annehmen und damit aus dem Preußischen Landtag ausscheiden, wo ich als Fraktionsvorsitzender allzusehr mit politischer Verantwortlichkeit belastet war, aber durch meine Tätigkeit als Leiter des Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz meistens nicht die Zeit für eine ordentliche Erledigung meiner Aufgaben im Landtage fand. Ich hoffe, daß ich im Reichstage weniger mit Arbeiten bedacht werde, um mich um so mehr meiner Tätigkeit in Berlin widmen zu können.«¹¹⁹ Anderthalb Jahre später wurde Pieck zum Berliner Stadtverordneten gewählt und am 25. November 1929 in den Preußischen Staatsrat berufen. Sein Kommentar spricht für sich: »Inzwischen bin ich mit allerlei parlamentarischen Ämtern belastet worden. [...] Das ist ein bißchen viel von diesem parlamentarischen Gerümpel, aber Du brauchst keine Besorgnis zu haben, daß ich dabei etwa parlamentarisch versumpfe; denn davor bewahrt mich nicht nur mein Temperament, sondern auch die Erkenntnis von der relativen Bedeutungslosigkeit dieser Tätigkeit. Leider nimmt mir aber diese Arbeit sehr viel Zeit weg.«¹²⁰

Im Preußischen Landtag lieferte sich Pieck wiederholt Wortgefechte mit der NSDAP-Fraktion. So wandte er sich am 25. Mai 1932, nachdem deren Abgeordneter Hans Kerrl zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde,¹²¹ in einer Geschäftsordnungsrede gegen den Naziterror. Seine Bemerkung, unter den Nationalsozialisten säßen Mörder, löste gewalttätige Tumulte im Sitzungssaal aus.¹²² Piecks Rückkehr in den Preußischen Landtag und die erneute Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender verdeutlicht auch die personellen Engpässe der KPD. Offenbar gab es für ihn keinen adäquaten Ersatz, so daß der Parteisoldat wieder einmal einspringen mußte.

¹¹⁷ Pieck, Berlin, 1. Oktober 1924, an den Präsidenten des Deutschen Reichstages, in: SAPMO/BArch, NY 4036/609, Bl. 1.

¹¹⁸ Pieck, Chronik, Bl. 114 f.

¹¹⁹ Pieck an Zetkin, 25. 5. 1928, Bl. 111.

¹²⁰ Pieck, Berlin, 26. Februar 1930, an Stassowa, in: SAPMO/BArch, NY 4036/600, Bl. 47–49.

¹²¹ Vgl. auch Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933, eingel. und bearbeitet von Hermann Weber (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der demokratischen Parteien, Bd. 6, hrsg. von Karl D. Bracher u. a.), Düsseldorf 1981, S. 528, Anm. 3.

¹²² Als NSDAP-Abgeordnete gegen Pieck handgreiflich wurden, eilten ihm kommunistische Abgeordnete zu Hilfe. Es kam zu einer blutigen Saalschlacht, in deren Verlauf Tintenfässer, Lampenschirme, Pultkästen und schließlich sogar schwere Ledersessel geworfen wurden. Es gab mehrere Schwerverletzte und die zahlenmäßig weit unterlegenen Kommunisten wurden aus dem Sitzungssaal gedrängt. Daraufhin erhoben sich die nahezu allein im Saal verbliebenen nationalsozialistischen Abgeordneten und sangen mit zum Nazigruß erhobenem Arm das Horst-Wessel-Lied, in das die Mehrzahl der Tribünenbesucher einstimmte. Vgl. hierzu: Saalschlacht im Landtag, in: Vorwärts, Nr. 243 v. 26. 5. 1932; Die Vorgänge im Landtag, in: RF, Nr. 113 v. 26. 5. 1932; Winkler (1990), Bl. 558; Pieck, Chronik, Bl. 143.

In ihrer Ausgabe vom 10. Juli 1932 zeichnete die *Neue Zürcher Zeitung* folgendes Porträt von Pieck: »Herr Pieck kommandiert die kommunistische Fraktion [...] und es ist beinahe rührend, Herrn Pieck zuzusehen, der so gar nicht in diese turbulente, rhetorisch undisziplinierte, im Gedankengang und in den Gebärden etwas hilflose Schar hineinpaßt. Pieck ist ein bescheiden, aber adrett gekleideter Kleinbürger, der von weitem an die Haltung August Bebels erinnern mag, seine weiße Haarbürste steht gesträubt über einem bäuerlichen Pastorengesicht, er wettet und klagt an, er höhnt und triumphiert, aber in allem ist noch Maß, Diplomatie, Redlichkeit, Melancholie. Auch mit Herrn Pieck ist nicht gut Kirschen essen, auch er dürfte unerbittlich sein, wenn ihm die Macht zufiele, auch ihm ist die Eigenschaft eines großen Führers versagt, aber seine Rechthaberei, seine Pedanterie, seine Nüchternheit sind nicht minder deutsch, als die hellen Augen, die trutzigen Gesichter, die breitspurige Zuversicht bei den nationalsozialistischen Führern.«¹²³

Bereits zwei Tage nach Vereidigung der Hitler-Regierung, am 1. Februar 1933, verfügte Hindenburg die Auflösung des Reichstags, dem auch Pieck angehörte. Zahlreiche Repressalien, Demonstrationsverbote in Preußen, das Verbot der *Roten Fabne*, Verhaftungen und die Besetzung der Parteizentrale erschwerten die politische Arbeit der KPD.

Ungeachtet der drohenden Repressalien sprach Pieck in den folgenden Tagen auf verschiedenen Kundgebungen, so etwa am 10. Februar am Grabe der von den Nazis ermordeten Arbeiter Erwin Berner, Alfred Kollatsch und Paul Schulz in Berlin. Ebenso redete er am 23. Februar als Spitzenkandidat der KPD in Preußen im Berliner Sportpalast – der letzten Wahlveranstaltung der KPD. Er forderte die Werktätigen auf, sich entweder für die Faschisten oder für die Kommunisten zu entscheiden. »Wir rufen alle Werktätigen auf: Schart euch in eisernem Wall um die Kommunistische Partei. Denn ihr Verbot ist ein Frontalangriff gegen Euch alle! Tretet ein in die Kommunistische Partei, die einzige Kampfpartei!« Kurz vor Kundgebungsende intervenierte die Polizei, worauf die Teilnehmer mit minutenlangen »Rot-Front«-Rufen reagierten.¹²⁴ Erst am 24. Mai 1933 ging Pieck in die Emigration. In Paris übernahm er die Auslandsleitung der KPD.¹²⁵ Damit begann eine neue Etappe in Piecks Karriere als Parteifunktionär der KPD.

¹²³ N. N., Das neue Gesicht des Preußenparlaments, in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 10. Juli 1932, in: SAPMO/BArch, NY 4036/608, Bl. 59–66.

¹²⁴ Vgl. Winkler (1990), S. 879.

¹²⁵ Ebd., S. 155 ff.

7. Fazit

Zwischen 1918 und 1933 vollzog sich Wilhelm Piecks Aufstieg in der KPD. Die Metamorphose vom temperamentvollen Organisationsleiter zum nüchternen Pragmatiker, dem im Zweifel die Parteikarriere wichtiger war als vormalige politische Prinzipien, war alles andere als ein geradliniger Prozeß. Ab 1924 sah Pieck jedoch keine andere Möglichkeit mehr, als sich flexibel im Rahmen der vorgegebenen Linie und Struktur durchzuwursteln. Gleichwohl versuchte er in Einzelfällen, eine Politik der Schadensbegrenzung und des Krisenmanagements zu betreiben, die ihn von vielen Apparatschiks unterschied. Sein Bruch mit Brandler und den »alten Freunden« war eine passiv in Kauf genommene Zäsur, wodurch letztlich der weitere Aufstieg in der kommunistischen Bewegung ermöglicht wurde.

Einmal mehr zeigt sich, daß die Wandlung der KPD von handelnden Personen vollzogen wurde, die in ideologischen Denkschablonen und einer militärischen Organisationslogik befangen waren. Dieser Tatbestand führte zum Ende des »eigenständigen deutschen Parteikommunismus«¹²⁶. Pieck leiste dazu seinen Beitrag, wobei er, der Parteisoldat par excellence, unermüdlich für die »Sache« in Bewegung war.

Der spätere Parteivorsitzende lebte für die kommunistische Arbeiterbewegung und wollte – da er auch von ihr lebte – durch sie überleben. Daß Pieck dabei »die alte Psyche des Betriebsarbeiters beibehalten« konnte und in der Lage war, »instinktmäßig mit ihm [zu] gehen und fühlen«¹²⁷, zeichnet ihn aus, ändert aber wenig an den begangenen Fehlern. Stassowas Charakterisierung deckt sich mit Flechtheims Befund, der Pieck als Bürokraten mit Resten eines gesunden Menschenverstandes bezeichnete. Dadurch sei das ruinöse Treiben der KPD-Führung teilweise abgemildert worden.¹²⁸

Insgesamt geben Piecks Funktionärsjahre in der Weimarer Republik weitere Aufschlüsse über die Binnenperspektive des Apparats, dessen Rationalität den ehemaligen Sozialdemokraten formte. Der atemberaubende Niedergang der KPD ist auch ein Produkt dieser – aus heutiger Sicht – irrationalen Diadochenkämpfe und ideologischen Kleinkriege.

¹²⁶ Kinner, *Der deutsche Kommunismus*, S. 122.

¹²⁷ Stassowa, Moskau, 18. September 1926, an W. Pieck, in: SAPMO/BArch, NY 4036/600, Bl. 18–20.

¹²⁸ Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Hamburg 1986, S. 209.